

# I Einleitung

In dieser Arbeit wird der Zusammenhang zwischen Sprachgebrauch und politischem Handeln untersucht. Im Alltag wie in der Politik entscheiden sich Menschen für Handlungen, die ihnen unter den gegebenen Umständen als sinnvoll und vernünftig erscheinen. Was sie als gegeben und was sie als sinnvoll wahrnehmen, ergibt sich aus der Art und Weise, wie sie über ihre Umwelt sprechen und mit welchen Begriffen sie diese beschreiben.

Jede Darstellung eines Ereignisses bietet unterschiedliche Möglichkeiten, das eigene Handeln darauf zu beziehen und zu rechtfertigen. Dieser Zusammenhang von Beschreiben und Begründen ist Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Am Beispiel des deutschen und US-amerikanischen Diskurses zur diplomatischen Anerkennung Kroatiens vollziehe ich nach, wie in öffentlichen Diskursen mit bestimmten Deutungen außenpolitische Handlungsspielräume eröffnet und geschlossen werden.

Politisches Handeln bedarf der Koordination des Tuns und Lassens der Akteure. Dies setzt voraus, daß Akteure Sinnzusammenhänge teilen und sich in diesen wechselseitig bestätigen (vgl. Esser 1993: 480). Sprache ist dabei das Medium, um diesen geteilten Sinnzusammenhang herzustellen. Worte rufen vor unserem geistigen Auge Bilder hervor, die unsere Vorstellung von Ereignissen prägen. Je mehr Akteure diese Sichtweisen übernehmen, desto selbstverständlicher erscheint ihnen ihr Vorgehen.

Der zentrale Mechanismus, durch den auf diese Weise etwas sinnvoll wird, liegt dabei in der Verwendung von Klassifikationen. Wird ein Konflikt, wie die kriegerische Auseinandersetzung 1991 in Jugoslawien, als »Angriffskrieg« beschrieben, erscheinen Maßnahmen angemessen, die der Verteidigung der Opfer dienen sollen. Ist die Lage der Opfer bedrohlich, scheint jedes Mittel legitim, das ihre Not beendet. Klassifikationen gelten nicht nur als Modi des Ordners, sondern auch als Leitfäden für das Handeln (vgl. Eco 2000: 283).

Die Sinnhaftigkeit einer Handlung ist entsprechend meines theoretischen Bezugsrahmens nicht Ausdruck real erfaßbarer Verhältnisse, sondern Teil eines Geflechtes aus Annahmen, normativen Setzungen und situativen Deutungen. Was als sinnvoll und plausibel wahrgenommen wird, ist nicht abhängig von einem menschlichen Vermögen,

die Wirklichkeit »so wie sie ist« erkennen zu können. Sinnvoll und plausibel ist vielmehr das, was wir als passend zu unseren Erfahrungen und Wertorientierungen darstellen.

Die Dissertation stellt einen Beitrag zu den Arbeiten in der Disziplin der Internationale Beziehungen dar, die versuchen, die Sicht außenpolitischer Eliten nachzuvollziehen.<sup>1</sup> Mit »ausenpolitischen Eliten« bezeichne ich sowohl außenpolitische Entscheidungsträger als auch die Sprachgemeinschaften, in die diese eingebunden sind, wie Medien, Parteien oder Parlamentsfraktionen.<sup>2</sup> Dabei soll der Leser davon überzeugt werden, daß die Beschäftigung mit Sprache nicht nur lohnend, sondern für das umfassende Verständnis der politischen Entscheidungsfindung unabdingbar ist.

Als theoretischer Ausgangspunkt dient der Pragmatismus Richard Rortys. Ich greife somit die Philosophie desjenigen Autors auf, der 1967 den Begriff »linguistic turn« mit einem gleichnamigen Sammelband in der geisteswissenschaftlichen Debatte etablierte.<sup>3</sup> Seither gilt der Begriff als kleinster gemeinsamer Nenner all jener Positionen, welche die konstitutive Rolle der Sprache für die Erfahrung von Wirklichkeit betonen (vgl. Sarasin 2001: 54). In welcher Wirklichkeit wir leben, hängt von dem Netz der Begrifflichkeiten ab, in dem wir denken. Dieses Netz bestimmt nicht nur, wie wir etwas wahrnehmen. In ihm ist auch angelegt, was uns etwas bedeutet und was uns in unserem Handeln anleitet. Die Arbeit versteht sich dabei als Plädoyer für die Einübung eines »pragmatischen Blickes«.

### **Fallbeispiel und Fragestellung**

Wie der Gebrauch von Sprache Haltungen und Handlungen prägen kann, soll hier am Beispiel der öffentlichen Debatte um die diplomatische Anerkennung Kroatiens aufgezeigt werden. Dieses Ereignis dahingehend zu untersuchen, bot sich aus zwei Gründen an: Zum einen ist bemerkenswert, wie rasch sich in Deutschland eine bestimmte Auffassung des Jugoslawienkonfliktes durchsetzte. Deutschland wurde Ende des Jahres 1991 von einem „Anerkennungsfieber“ (Crawford 1996: 494) erfaßt. In einer komplexen außenpolitischen Frage solche Einigkeit zu erzielen ist alles andere als selbstverständlich. Deshalb soll eingehend rekonstruiert werden, wie diese Auffassung eine derart breite Akzeptanz finden konnte.

Zum anderen wurde diese Frage kontrovers in der internationalen Öffentlichkeit diskutiert. Deutschland sah sich der heftigen Kritik seiner Bündnispartner ausgesetzt. Die Entscheidungsträger waren gezwungen, ihr Vorgehen ausführlich zu rechtfertigen. Anhand ihrer öffentlichen Äußerungen kann nachvollzogen werden, welche Argumentationsmuster und welche normativen Ressourcen aktiviert wurden, um die Anerkennung Kroatiens als sinnvolle und plausible Handlungsoption darzustellen.

Es geht darum, die Interpretationen des Geschehens nachzuzeichnen, die das deutsche Publikum veranlaßte, die Problematik nur noch in einer bestimmten Weise zu denken. Um zu zeigen, daß solche Verengungen in der Deutung eines außenpolitischen Problems verschiedene Richtungen nehmen können, wird zudem der US-amerikanische Diskurs analysiert. Indem man beide Fälle nebeneinander hält, läßt sich aufdecken, wie die Plausibilität einer außenpolitischen Handlung an grundlegende Annahmen der jeweiligen Diskursgemeinschaft gebunden ist.

Während in Deutschland ein Großteil der politischen Eliten und der Öffentlichkeit die Anerkennung für notwendig erachteten, beurteilten wichtige Bündnispartner wie Frankreich, England und die USA die Anerkennung äußerst skeptisch. Von diesen Bündnispartnern lehnte die US-Regierung die Anerkennung am längsten ab. Die Kluft, die sich zwischen Anerkennungsgegnern und –befürwortern auftrat, kommt in einem Zitat des damaligen Sondergesandten der Vereinten Nationen, Cyrus Vance, deutlich zum Ausdruck: „My friend Genscher is out of control on this. What he’s doing is madness.“<sup>4</sup>

Noch zu Beginn des Jahres 1991 erregte die Situation in Jugoslawien in den Außenministerien der Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft keine besondere Aufmerksamkeit. Die deutsche Diplomatie war von den Anstrengungen der Vereinigung erschöpft, und der Golfkrieg beherrschte die außenpolitische Agenda. Jugoslawien schien lediglich für Balkanexperten von Interesse.

Wurde zu diesem Zeitpunkt die Einheit Jugoslawiens in Deutschland von offizieller Seite nicht in Frage gestellt, bot sich zum Ende des Jahres ein völlig anderes Bild. Ein breites Spektrum gesellschaftlicher Kräfte beteiligte sich am Anerkennungsdiskurs. Kirchenvertreter, Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände forderten in Presseerklärungen, Interviews oder persönlichen Gesprächen mit

außenpolitischen Entscheidungsträgern, Kroatien als eigenständigen Staat anzuerkennen.

Auffallend an der so rege wie aufgeregt geführten Debatte war, daß in einer komplexen außenpolitischen Entscheidung der Großteil der sich äußernden Personen von einer bestimmten Position überzeugt war.

Was zu tun sei, schien für jedermann erkennbar auf der Hand zu liegen. Die Regierung mußte es nur um- und im internationalen Rahmen durchsetzen. Als Kohl am 17. Dezember 1991 auf einem CDU-Parteitag in Dresden bekannt gab, daß Deutschland und die übrigen EG-Staaten Kroatien als neues Mitglied der Staatengemeinschaft aufnehmen, wurde die Nachricht mit stehenden Ovationen begrüßt. Was für kurze Zeit wie ein außenpolitischer Erfolg Deutschlands erschien, sollte sich als ein Debakel für das Verhältnis zu den westlichen Partnern erweisen, von dem sich die deutsche Diplomatie erst mit dem Friedensprozeß von Dayton erholen sollte.

Der Nachdruck, mit dem Deutschland sich für die Anerkennung einsetzte, sowie das Befremden, das Deutschland damit bei seinen Partnern hervorrief, beschäftigt seitdem die Experten. Etliche wissenschaftliche Publikationen und Darstellungen von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes fragen danach, ob die deutsche Anerkennung »verfrüht« war oder ob das Vorgehen der deutschen Regierung als Zeichen einer neuen, interessengeleiteten Politik nach der Vereinigung zu werten ist.<sup>5</sup> In diesen Texten wird rückblickend um die richtige Sicht der Ereignisse gerungen: Der Jugoslawienkonflikt und die Reaktion der Staatengemeinschaft werden zusammengefaßt, erklärt und bewertet.

In dieser Arbeit soll hingegen beschrieben werden, wie der Konflikt *seinerzeit* gedeutet und eingeordnet wurde. Ich frage danach, wie die Akteure das Geschehen sich und anderen begrifflich machten und welche Auffassungen dazu führten, daß die Anerkennung als plausible beziehungsweise als widersinnige Maßnahme darstellen konnten. Dabei wird angenommen, daß derartige Rechtfertigungsprozesse eng mit dem Gebrauch von spezifischen Vokabularen zur Beschreibung der jeweiligen Situation verbunden sind. Sprache wird in diesem Fall weniger als Abbild der Wirklichkeit verstanden, sondern als Werkzeug, das den Akteuren hilft, sich in dieser Wirklichkeit zurechtzufinden und zu behaupten.

Somit wird untersucht, *wie die diplomatische Anerkennung Kroatiens im öffentlichen Diskurs durch die Verwendung eines bestimmten Vokabulars ermöglicht und gerechtfertigt wurde*. Dabei wird empirisch nachgezeichnet, wie die Diskursteilnehmer die Welt klassifizierten, wie sich dies auf ihre Problemwahrnehmung auswirkte und welche Handlungsoptionen ihnen hierdurch sinnvoll erschienen.

Um dies leisten zu können, greife ich auf das nicht-repräsentative Sprachverständnis und den Pragmatismus Richard Rortys zurück, der schon früh für ein solches Verständnis geworben hat. Die Arbeit unterscheidet sich in diesem Punkt von einem Großteil der traditionellen politikwissenschaftlichen Forschung, die auf einem erkenntnistheoretischen Realismus fußt und auf einem repräsentativem Sprachverständnis.

Der Übergang von einem repräsentativem zu einem nichtrepräsentativem Sprachverständnis markiert einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der zeitgenössischen Sprachphilosophie.<sup>6</sup> Mit dieser Eröffnung eines neuen Zugangs sind auch Folgen für die Analyse der Außenpolitik verbunden. Um den Nutzen einer antirepräsentativen Sichtweise eingängiger zu verdeutlichen, skizziere ich zunächst die am erkenntnistheoretischen Realismus ausgerichtete Herangehensweise der Politikwissenschaft, bevor ich die grundlegenden Merkmale eines pragmatischen Ansatzes umreiße.

### ***Das repräsentative Sprachverständnis traditioneller Außenpolitikanalyse***

Die meisten politikwissenschaftlichen Arbeiten beruhen auf dem erkenntnistheoretischen Realismus. Unter dem Label Realismus versammeln sich verschiedene Schulen, denen bei allen Unterschieden eines gemeinsam ist: die Idee einer außersprachlichen Wirklichkeit, der unabhängig von unseren Bezugnahmen und Beschreibungen über Bedeutung inne wohnt (vgl. Searle 1997: 8).<sup>7</sup> Diesem repräsentativen Sprachverständnis zufolge kann sich die Welt dem Betrachter unmittelbar erschließen.<sup>8</sup> Der Forscher kann den Wahrheitsgehalt von Aussagen bestimmen, indem er sie mit den Tatsachen, das heißt mit der für objektiv zugänglich erachteten Wirklichkeit, vergleicht. Deckt sich die Aussage mit der angesprochenen Tatsache, gilt der entspre-

chende Satz als wahr. Realisten vertreten demnach eine Korrespondenztheorie der Wahrheit: Unsere Aussagen sind wahr, weil sie den Dingen in der wirklichen Welt entsprechen (Searle 1997: 8).<sup>9</sup>

Diese Grundannahmen finden sich auch in klassischen Perspektiven auf die Außenpolitik. Aus dieser Sicht treffen Akteure, die grundsätzlich zur Erkenntnis befähigt sind, auf zu erkennende Situationen. Den Akteuren stellen sich allerdings bei ihrem Zugang zu objektiver Erkenntnis praktische Hürden in den Weg. In welcher Form läßt sich näher bestimmen, wenn man von folgender Definition ausgeht: Außenpolitik wird als „*aktives Handeln*“ verstanden, in dessen Verlauf autorisierte (individuelle und kollektive) Akteure aufgrund der ihnen zugänglichen Informationen und in Einschätzung ihrer Interessen eine Situation definieren und, darauf gestützt, eine *Entscheidung* („*decision*“) zugunsten spezifischer Handlungsoptionen treffen“ (Haftendorn 1990: 403, Hervorhebung im Original).

Aus dieser Sicht ist die Erfassung einer Situation etwa problematisch, wenn die Entscheidungsträger aufgrund des Zeitdrucks über unzulängliche Informationen verfügen. Bedeutsam ist vor diesem Hintergrund die Frage, was außenpolitische Akteure bei der Einschätzung einer gegebenen Situation beeinflusst. So läßt sich vor allem fragen, welche Wahrnehmungsmuster vorliegen und inwieweit darin Fehlwahrnehmungen oder Informationslücken enthalten sind. Zudem kann untersucht werden, welche Faktoren in einer wahrgenommenen Situation die Wahl einer bestimmten Handlungsoption beeinflussen, welche Rolle etwa Interessen oder Wertevorstellungen spielen.

Wissenschaftler stehen in ähnlicher Weise wie Entscheidungsträger der zu erkennenden Welt gegenüber. Sie können jedoch zu objektiveren Einschätzungen gelangen, da sich ihrem Erkenntnisvorgang niedrigere praktische Hürden in den Weg stellen. Sie verfügen über mehr Zeit, die Situation zu erfassen, und sie besitzen Zugang zu Informationen, die zum Zeitpunkt der untersuchten Entscheidungsprozesse unzugänglich waren. Während der unter Handlungsdruck stehende Außenpolitiker sich auf die Angaben stützen muß, die ihm von seinen Mitarbeitern zugetragen werden, kann sich der Wissenschaftler alles seinerzeit vorhandene Wissen erarbeiten. Auf diese Weise – so der politikwissenschaftliche Common sense – kann der objektive Gehalt ihrer Situationsbeschreibungen erhöht und deren subjektive Färbung gering gehalten werden.

Ganz im Geiste der oben genannten realistischen Korrespondenzannahmen gilt „unverhüllte Beschreibung objektiver Sachverhalte“<sup>10</sup> als Qualitätsmerkmal wissenschaftlicher Arbeit, wobei Beschreibung als eine notwendige Vorstufe wissenschaftlicher Analyse angesehen wird (vgl. King/Keohane/Verba 1994: 34–35).

Somit zeigt sich: Die oben beschriebene Auffassung außenpolitischen Handelns wurzelt wie die Form seiner wissenschaftlichen Aufarbeitung in der Überzeugung, daß die Akteure einer Situation (beziehungsweise die Wissenschaftler ihrem Untersuchungsgegenstand) *gegenüber* stehen; auf sie können sie *zugreifen*, um sie zu *erfassen*.

Diese Trennung zwischen erkennendem Subjekt auf der einen und zu erkennendem Objekt auf der anderen Seite ist im westlichen Denken tief verankert. Die entsprechende Metaphorik, die in Umschreibungen wie »etwas erfassen« zum Ausdruck kommt, wird als selbstverständlich wahrgenommen und nicht weiter befragt. Sie geht zurück auf die cartesianische Unterscheidung von Geist und Materie sowie auf Kants Philosophie, welche die Kluft zwischen menschlichem Bewußtsein und dem Sein der Dinge betont. Dieses Wirklichkeitsverständnis wird »repräsentativ« genannt. Die Welt, die den Menschen umgibt, wird in ihm insofern repräsentiert, als sie sich in seinem Bewußtsein – mehr oder weniger verzerrt – spiegelt. In repräsentativen Denkweisen wird nicht bezweifelt, daß die Dinge über ein ihnen inhärentes Wesen verfügen, das auf eine ihm eigene Weise bedeutungsvoll ist. Bezweifelt wird – wie bei Kant – allenfalls, daß Menschen Zugang zu diesem Wesen haben. Diese Trennung zwischen Subjekt und Objekt beherrscht auch die erkenntnistheoretischen Annahmen der Politikwissenschaft.

### ***Das nichtrepräsentative Sprachverständnis pragmatischer Philosophie***

Im Pragmatismus Rortys, dem theoretischen Bezugsrahmen dieser Arbeit, wird eine solche Sicht der Dinge abgelehnt. Rortys Philosophie beinhaltet eine grundsätzliche Kritik einer Erkenntnistheorie, die von einem menschlichen Bewußtsein ausgeht, das über das Vermögen der spiegelbildlichen Darstellung der Wirklichkeit verfügt.<sup>11</sup> Er vertritt die Ansicht, daß das, was eine Sprachgemeinschaft als sprachunabhängige Wirklichkeit empfindet, nichts anderes darstellt als eine dieser Sprachgemeinschaft spezifische Weltanschauung, die

auf der Verwendung eines bestimmten Vokabulars beruht (vgl. Habermas 1999: 81). Alle Mitglieder erachten etwas als wirklich und als wahr, weil sie alle ein Vokabular benutzen, dessen Gebrauch eine bestimmte Sichtweise hervorruft.<sup>12</sup> Diese Sichtweisen befähigen uns zu mehr oder weniger erfolgreichem Handeln, sie vermitteln uns jedoch kein Bild des wahren Wesens der Dinge. Als Resultat sprachlicher Darstellung und Vergegenwärtigung sind sie grundsätzlich kontingent. Die Sichtweisen sind geprägt von historischen Erfahrungen und tradierten Wertprinzipien des Kollektivs, dessen Sprache da gesprochen wird.

Der realistischen Metapher der Suche nach einer endgültigen Beschreibung der Welt hält Rorty die Metapher der Suche nach vielfältigen Beschreibungen der Welt entgegen. Sein Ideal ist ein Mensch, der sich immer um neue Beschreibungen der Welt bemüht und im Bewußtsein lebt, daß seine derzeitigen Ansichten nur vorübergehend sind und durch neue Sichtweisen ersetzt werden können. Mit neuen Beschreibungen verbindet Rorty die Hoffnung, in Zukunft Dinge tun zu können, die unser aktuelles Vokabular noch blockiert. In der Ausrichtung auf die Zukunft sieht Rorty den eigentlichen Kern einer pragmatischen Philosophie. In diesem Sinne schreibt er (1994a: 16):

Sofern der Pragmatismus überhaupt etwas Spezifisches an sich hat, dann dies: daß er die Begriffe der Realität, der Vernunft und des Wesens durch den Begriff der besseren menschlichen Zukunft ersetzt.

Dieses Zitat bringt auch Rortys Skepsis gegenüber binären Oppositionen zum Ausdruck, die das abendländische Denken seit der griechischen Philosophie prägen: die Dualismen zwischen Erscheinung und Wirklichkeit, Vernunft und Unvernunft oder Wesen und Akzidens. Rorty kündigt die abendländische Treue zu Prinzipien auf, die im Dienste höherer Werte stehen. Ohne die fixen Vorstellungen, die diese beinhalten, lassen sich Probleme vielfältiger und umfassender beschreiben und deshalb auch besser lösen.

Für Rorty stehen unsere »Wirklichkeiten« nur in losem Zusammenhang zur Beschaffenheit der nichtmenschlichen Realität. Alles, was wir unbeteiligt zu beobachten meinen, nehmen wir wahr, indem wir es mit unserem schon vorhandenen Verständnis der Dinge, mit

unserem Allgemeinwissen verknüpfen. Das Einzelne erhält seine Bedeutung durch die Einordnung in einen bekannten Kontext.<sup>13</sup> Entsprechend dieser Vorstellung können wir genausowenig vorbehaltlos die Realität erfassen, wie wir unbedarft ein Wort betrachten können, ohne daß uns unmittelbar seine Bedeutung ins Auge springt. Nur ein Leser, der über *keine* Kenntnisse des Arabischen verfügt, vermag das Zeichen »س« unvoreingenommen zu betrachten und es etwa nach rein ästhetischen Gesichtspunkten bewerten. Bei Zeichen eines bekannten Alphabets ist dies nicht länger möglich. Sehen wir das Zeichen »a«, werden wir immer unweigerlich einen Buchstaben erkennen. Wir können einen Text nicht länger mit den Augen eines Kindes oder Analphabeten betrachten. Ebensowenig ist es möglich, in die Welt zu blicken, ohne die Bedeutungen mitzudenken, die wir bereits in sie eingeschrieben haben.

Außenpolitik richtet sich entsprechend nicht an vermeintlich real erfaßbaren Verhältnissen aus. Die für außenpolitisches Handeln notwendige Orientierung gleicht einem Verständigungsprozeß in einem sich wechselseitig bedingenden Geflecht von Sprache und Realität, aus dem heraus Entscheidungen getroffen werden.<sup>14</sup> Eine solche nichtrepräsentative Auffassung sperrt sich nicht vollständig der Logik traditioneller politikwissenschaftlicher Arbeiten. Haftendorns Definition außenpolitischen Handelns bleibt auch aus dieser Sicht anwendbar.

Allerdings ändert sich das Verständnis der Form des Gegebenen, auf das sich Begriffe wie »Information« oder »Situation« beziehen. Gegeben kann in pragmatischer Perspektive immer nur die Übereinkunft einer Sprachgemeinschaft sein, Geschehnisse innerhalb nicht zu hinterfragender Rahmenbedingungen zu betrachten, und nicht die »Information« oder »Situation« an sich. Die Perspektive der Sprachgemeinschaft spiegelt nicht die objektive Sachlage wieder, sondern die Art und Weise der sprachlichen Repräsentation des verhandelten Problems. In den Sprachgebrauch eingelassen sind die Denk- und Wahrnehmungsgewohnheiten der Sprachgemeinschaft, etwa ihr spezifischer kollektiver Erfahrungsschatz und ihre Wertmaßstäbe.<sup>15</sup>

Bei sozialwissenschaftlichen Fragestellungen ist zu klären, von welcher Grundstruktur menschlichen Handelns ausgegangen wird. Der Kern dieser Problematik wurde zuvor beschrieben, indem zwischen einem repräsentativem und nichtrepräsentativem Wirklich-

keitsverständnis unterschieden wurde. Die Differenzierung läßt sich heranziehen, um zu verdeutlichen, was die verschiedenen Ansätze in der Disziplin Internationale Beziehungen in ihren Grundfesten voneinander trennt. Sie ist meines Erachtens faßbarer als die in der Disziplin Internationale Beziehungen gebräuchlichen Begriffspaare Positivismus/Postpositivismus, Moderne/Postmoderne, Foundationalism/Anti-Foundationalism oder die Unterscheidung zwischen konstituierenden und erklärenden Theorien. Mitunter ist mit diesen Begriffen Ähnliches gemeint – sie beziehen sich jedoch nicht nur auf das Wirklichkeitsverständnis, sondern dienen als Oberbegriff für Bündel theoretischer Annahmen.<sup>16</sup>

Vertreter eines nichtrepräsentativen Weltbildes verfügen meiner Ansicht nach über kein »knock-down« Argument gegen den erkenntnistheoretischen Realismus. Alle erkenntnistheoretischen Argumentationsketten münden in der Frage, ob Sinnstiftung Sache Gottes, in die nichtmenschliche Welt eingeschrieben<sup>17</sup> oder Ergebnis unserer Lebensform ist. Diese Überzeugungen können argumentativ nicht ausgehebelt, das heißt letztgültig falsifiziert werden.<sup>18</sup> Die scharfen Polemiken, die zwischen dem realistischen und dem postmodernen Lager ausgetauscht werden, sind Ausdruck eines dogmatischen Dranges, die eigene Überzeugung als allgemeinverbindlich erklären zu wollen. Dazu gehört der stetig wiederkehrende Vorwurf, postmodernes Denken führe zu Beliebigkeit,<sup>19</sup> ebenso wie der Hinweis, Kritiker der Postmoderne hätten die Pointe der linguistischen Wende nicht erfaßt. Auch in der vorliegenden Arbeit können keine »zwingenden« Gründe vorgebracht werden, warum ein repräsentatives Verständnis »falsch« ist. Sie soll hingegen aufzeigen, daß mit einem nichtrepräsentativen Wirklichkeitsverständnis nützliche Untersuchungsergebnisse erzielt werden, indem eingespurte Erkenntnisroutinen verlassen und theoriebedingte Verkrustungen der Wahrnehmung aufgebrochen werden.

### **Aufbau der Arbeit**

Im ersten Kapitel werden die theoretischen Annahmen dargelegt, die Fragestellung erläutert und die Arbeit in der aktuellen Diskussion der Disziplin Internationale Beziehungen verortet. Im zweiten Kapitel stelle ich die Ereignisse in Jugoslawien und die Reaktionen der westlichen Staatengemeinschaft im Untersuchungszeitraum Anfang

1991 bis Anfang 1992 dar. Das dritte Kapitel enthält die Analyse der Anerkennungsdiskurse in Deutschland und den USA. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Untersuchung findet sich am Ende dieses Kapitels. Das abschließende Fazit erläutert anhand der Untersuchungsergebnisse den Nutzen eines »pragmatischen Blickes« für Politikwissenschaftler als auch für politische Praktiker.

Damit sich der Leser in Kürze über den systematischen Aufbau der Untersuchung orientieren oder aber auch gezielt bestimmte Passagen aufsuchen kann, wird nun ein ausführlicherer Überblick verschafft.

*Kapitel Zwei* gliedert sich in drei Teile. Zunächst führe ich die theoretische Grundlage der Arbeit, den Pragmatismus Rortys, aus (2.1). Dabei erläutere ich die Kerngedanken eines nichtrepräsentativen Sprachverständnisses und schildere die Folgen für die Untersuchung von Entscheidungsfindungsprozessen. Die Betonung des nichtrepräsentativen Sprachverständnisses bringt die Verwendung einer Reihe von Begriffen mit sich, die nicht zum Standardrepertoire politikwissenschaftlicher Untersuchungen gehören. Hierzu zählen Begriffe wie »Diskursteilnehmer« oder »Rechtfertigungszusammenhang«. Wie ich diese Begriffe verwende, führe ich am Ende dieses Abschnittes aus. Im Anschluß an die theoretische Grundlegung folgt die Darstellung, wie sich dieses Vorverständnis auf das Forschungsdesign auswirkt (2.2). In diesem Abschnitt führe ich aus, welche Fragestellung und konkreten Untersuchungsfragen aus dem Erkenntnisinteresse der Arbeit abgeleitet wurden. Hier stelle ich dar, welche Methoden ich angewendet habe (Textanalyse, Interviews, Recherche) und worin die Vorteile dieses Methodenmix liegen. Im darauffolgenden Abschnitt (2.3) stelle ich die Diskussion des Pragmatismus in der Disziplin Internationale Beziehungen dar. Obwohl der Pragmatismus verschiedentlich in der Diskussion aufgegriffen wurde, war er nicht Gegenstand der großen Debatten. Inzwischen mehren sich allerdings die Anzeichen, daß der Pragmatismus zukünftig eine gewichtigere Rolle in der Theoriedebatte einnehmen wird.

*Kapitel Drei* vermittelt dem Leser einen Überblick über die Geschehnisse in Jugoslawien sowie die Reaktionen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und der USA. Dieses Kapitel bietet eine Zusammenschau der Ereignisse. Daß auf diese Weise empirisch vorgegangen wird, mag für post-strukturalistisch inspirierte Arbeiten wie der vorliegenden verwunderlich erscheinen. Mit diesem

Kapitel wird natürlich nicht der Anspruch erhoben, nach über zehn Jahren endlich die richtige, vollständige Darstellung der Ereignisse zu liefern. Vielmehr soll es einen dreifachen Zweck erfüllen: Erstens faßt es diejenigen Aussagen über den Jugoslawienkonflikt zusammen, von denen ich annehme, daß sich ein Großteil der Leser auf deren Gültigkeit einigen könnten, und die insofern als Allgemeingut anzusehen sind. Zu den auf diese Weise zu Tatsachen geronnenen Sichtweisen zählen beispielsweise die Aussagen, daß es Mitte 1991 in Jugoslawien zu Auseinandersetzungen zwischen der Jugoslawischen Volksarmee und der slowenischen Territorialverteidigung kam.<sup>20</sup> Damit lege ich meine diesbezüglichen Annahmen offen und mache mein Vorgehen nachvollziehbar und kritisierbar.

Zweitens wird den vorhandenen Erzählungen über die Geschehnisse um die Anerkennung eine weitere hinzugefügt. Auf diese Weise wird die Vielfalt der Beschreibungen erhöht, was den interessierten Lesern ermöglicht, sich ihrer eigenen Anschauung zu vergewissern beziehungsweise sich ein konträres Bild der Ereignisse zu verschaffen. Vor allem aber soll, drittens, dieses Kapitel den Leser über mein Vorverständnis der Ereignisse in Jugoslawien aufklären, was für das Verständnis der Diskursanalyse unerlässlich ist. Die Darstellung bemüht sich darum, ohne gängige bewertende Formulierungen wie »verfrühte Anerkennung« auszukommen. Da auch indirekt bewertende, allgemeine Kategorien (etwa »Bürgerkrieg« oder »Nationalitätenkonflikt«) vermieden werden, bleibt die Zusammenschau kompatibel für beinahe die gesamte Bandbreite der später analysierten Deutungen.

In *Kapitel Vier* werden die Ergebnisse der Diskursanalyse vorgestellt. Zunächst stelle ich dar, welche Akteure oder Gruppierungen sich am Anerkennungsdiskurs in Deutschland und den USA beteiligten (4.1). Dabei beschreibe ich zum einen, welche Diskursgemeinschaften Träger welcher Sichtweisen waren, und zum anderen gehe ich auf die institutionellen Rahmenbedingungen ein, in welche die Entscheidungsträger eingebunden waren.

Die folgenden Abschnitte 4.2 bis 4.4 enthalten die Ergebnisse der Textanalyse. Aus analytischen Gründen unterscheide ich zwischen der Deutung der Situation in Jugoslawien (4.2) und der Rechtfertigung der Anerkennung (4.3). Mit einer bestimmten Deutung der Lage in Jugoslawien wurden die politischen Handlungsoptionen

bereits eingeschränkt. Darüber hinaus wurden jedoch weitere Begründungen und Modellierungen der Vorgänge dargeboten, welche die Anerkennung als sinnvolle beziehungsweise widersinnige Option erscheinen lassen. Dabei führe ich aus, auf welchen impliziten Annahmen die Rechtfertigung der Anerkennung beruhte, wie die Anerkennung als Lösung oder Ursache eines Problems konstruiert und wie sie an welche Normen angebunden wurde.

Während diese beiden Abschnitte den dominanten Diskurs untersuchen, gehe ich in Abschnitt 4.4 auf alternative Sichtweisen ein. Dort führe ich dem Leser nochmals vor Augen, wie sehr die Plausibilität dominanter Deutungen von Annahmen abhängt, die von einem distanzierten Zuhörer keineswegs so selbstverständlich geteilt werden müssen.

In Abschnitt 4.5 fasse ich die Hauptaussagen der Diskursanalyse zusammen und weise auf grundlegende Mechanismen der Bedeutungskonstruktion wie Interpunktion, Reifikation und die Rolle von Identität hin. Dieses Kapitel und das anschließende Fazit verdichten die Ergebnisse dieser Arbeit.

Abschließend bewerte ich in Kapitel *Fünf* den möglichen Beitrag pragmatischen Denkens sowohl zur Disziplin Internationale Beziehungen als auch für die Praxis der Außenpolitik.